



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

10. Juni 2022
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Seit 6 Wochen: unbefristeter Streik an den Unikliniken in NRW

Seit mittlerweile sechs Wochen streiken zwischen 1.500 und 2.000 Beschäftigte der sechs Unikliniken in NRW. Noch immer weigern sich die herrschenden Politiker, auf die Forderungen der Streikenden auch nur ernsthaft einzugehen.

Diese aber sind entschlossen, so lange zu streiken, bis sie endlich mehr Personal, zusätzliche freie Tage und weitere Maßnahmen gegen die extreme Überlastung bekommen. Und sie werden bestärkt durch die Patient*innen, Beschäftigte anderer Krankenhäuser und Betriebe sowie Passanten auf der Straße, die sie fast ausnahmslos dazu ermuntern weiterzumachen.

Der Streik findet unter schwierigen Bedingungen statt. Die Regierung hat in den letzten zwei Jahren 420 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, mit denen sie vor allem die Profite der Konzerne und der Reichen in der Pandemie und Wirtschaftskrise geschützt hat. Nun hat sie weitere 100 Milliarden Schulden für gigantische Aufträge an die Rüstungskonzerne gemacht.

Und es ist klar, wo sie dieses Geld wieder einsparen wollen: Bei uns Arbeitenden – angefangen bei allen für die Bevölkerung nützlichen Öffentlichen Diensten. Deshalb stellen sich Klinikvorstände und Landesregierung besonders hartnäckig gegen die Forderungen der Streikenden.

Doch sie haben nicht mit der Hartnäckigkeit der Streikenden gerechnet. So hatten sie verlangt, dass der Streik während der Verhandlungen unterbrochen würde und waren selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Streikenden dies mitmachen würden.

Doch diese hatten mit dieser Masche bereits während ihres letzten unbefristeten Streiks 2018 genug schlechte Erfahrungen gesammelt. Sie wissen: Sobald sie ihr einziges Druckmittel – den Streik – aufgeben, werden Vorstände und Regierung wochenlang reden und reden, aber gar nichts herausrücken... bis die

meisten entmutigt sind. Sie haben daher entschieden, während der Verhandlungen weiter zu streiken, solange bis sie schwarz auf weiß einen Abschluss haben.

Nachdem ihre Masche nicht geklappt hat, versucht die Landesregierung nun, die Streikenden zu spalten. Denn es streiken zwar mehrheitlich Pflegekräfte, aber auch Beschäftigte vieler anderer Bereiche und Berufe: Kolleg*innen, die die Patienten mit Essen versorgen, die alles im Klinikum transportieren, die die MRTs oder die Dialyse machen, die das OP-Besteck oder die Betten sterilisieren, die die Medikamente bestellen und viele mehr.

Und nun, nach sechs Wochen Streik, erklärt Arbeitsminister Laumann, dass man für die Pflegekräfte ein paar kleine

Zugeständnisse machen könnte. Doch für alle anderen Beschäftigten wäre „kein Geld“ da.

Die Regierung hofft anscheinend, die Pflegekräfte würden dann die anderen Streikenden fallen lassen und wieder arbeiten gehen. Doch die Streikenden, die mit so einer Taktik bereits gerechnet haben, wissen, dass Zusammenhalt ihre wichtigste Waffe ist: in diesem Streik und auch danach, wenn sie im Alltag zusammenarbeiten müssen und erst recht, wenn sie morgen gegen weitere Sparmaßnahmen oder für höhere Löhne kämpfen wollen.

Die Streikenden sind daher entschlossen weiterzumachen, bis in dem Streik, in dem sie seit sechs Wochen alle zusammenstehen, auch für alle etwas herauskommt.



Am Uniklinikum in Essen treffen sich die Streikenden jeden Morgen zu einer Vollversammlung, auf der sie alle Fragen ihres Streiks offen diskutieren und darüber abstimmen. Sie besprechen ihre Forderungen und diskutieren, wie sich ihr Streik entwickelt, wie sie ihn stärken können, welche Aktivitäten sie machen oder auch, wie sie die Verhandlungen und Aussagen von Klinikvorständen und Landesregierungen einschätzen.

Sie haben außerdem ihre eigene Streikleitung aus rund 20 Streikenden gewählt, die sich ebenfalls täglich trifft, die Einschätzungen und Aktionen vorbereitet und in der Streikversammlung zur Abstimmung stellt. Auf diese Weise haben die Streikenden ihren Streik selber unter Kontrolle und es passiert nichts hinter ihrem Rücken. Und so sollte es auch sein. Schließlich ist es ihr Streik. Und daher sollen die Streikenden auch über alle Fragen des Streiks entscheiden!

Wir Arbeitenden müssen die Krisen- und Kriegsgewinner zur Kasse bitten!

Seit Wochen hört man die Regierung darüber reden, wie viel sie uns doch „entlasten“ würde. Doch die einzigen, die sie wirklich spürbar entlastet hat, sind die Ölkonzerne!

Diese haben die Senkung der Steuern auf Benzin und Diesel großteils in ihre eigene Tasche gesteckt, statt sie an uns Verbraucher weiterzugeben. Diese mega-reichen Ölkonzerne bekommen also 3 Milliarden Euro an Steuern geschenkt, während für uns die Preise weiter steigen und steigen.

Daran ändern auch die übrigen Maßnahmen ihres „Entlastungspaketes“ nichts. Ob Energiebonus oder 9-Euro-Ticket: Nichts davon verhindert auch nur in Ansätzen, dass unsere Löhne und Renten regelrecht zusammenschmelzen, dass immer mehr von uns verarmen.

Diese Trostpflaster dienen einzig dem Zweck, dass wir diese Verarmung hinnehmen – während sich Konzerne und Reiche massiv an der Krise bereichern.

Diese gigantische Bereicherung einer kleinen Minderheit inmitten der Krise ist so offensichtlich und empörend, dass selbst Regierungspolitiker nun davon reden, dass man die „Kriegs- und Kriegsgewinner“ extra besteuern müsse. Sie wollen uns weismachen, sie würden jetzt endlich auch mal an die Reichen drangehen. Von wegen!

Der RWE-Konzern hat dank der massiv gestiegenen Strompreise seine Gewinne

verdoppelt. Der Bayer-Konzern hat dank der im Krieg explodierten Weizenpreise seine Gewinne um 30% gesteigert. Der VW-Konzern hat dank der milliarden-schweren staatlichen Krisen-Hilfen allein in den ersten drei Monaten des Jahres 6,7 Milliarden Euro Gewinn gemacht. BioNTech und Pfizer haben dank der Phantasie-Preise, die sie in der Corona-Krise für die Impfstoffe verlangen konnten, Milliarden gescheffelt.

Und quasi alle Reichen haben auf steigende Lebensmittel- und Energiepreise oder Rüstungsaktien spekuliert und abgesahnt. Die zehn Reichsten in Deutschland haben ihr Vermögen in der Krise des letzten Jahres fast verdoppelt, von 135 auf 239 Milliarden Euro!

Doch nicht sie sind in den Augen der Politiker, die heute über eine „Übergewinn-Steuer“ diskutieren, die „Kriegs- und Kriegsgewinner“. Keiner von ihnen soll auch nur einen Cent mehr Steuern bezahlen. Einzig eine Handvoll ausländischer Großkonzerne würden ein paar Euro zahlen müssen, sollte diese Steuer überhaupt jemals kommen. Ihr ganzes Gerede ist reine Augenwischerei, die uns Arbeitende einschläfern soll.

An die Vermögen der Konzerne, der Krisen- und Kriegsgewinner dranzugehen, ist in der Tat die einzige Chance, die Abwärtsspirale aufzuhalten, auf der die Arbeiterklasse immer schneller bergab rutscht. Es ist die einzige Chance zu verhindern, dass die arbeitende Bevölke-

rung die gesamte Wucht der steigenden Preise, der wirtschaftlichen Unsicherheit und der wachsenden Staatsverschuldung abbekommt.

Doch das können wir keiner Regierung überlassen, denen die Gewinne der Kapitalisten heilig sind, selbst wenn der Rest dafür draufgeht. Wir Arbeitenden müssen die Dinge selber in die Hand nehmen.

Wir müssen selber Forderungen aufstellen, mit denen wir uns wirklich vor den Angriffen in der Krise schützen – angefangen damit, dass niemand entlassen wird und dass alle Löhne, Renten und Sozialhilfen mindestens so viel erhöht werden wie die Preise. Und wir werden mit unseren eigenen Mitteln, mit Streiks und Demonstrationen dafür kämpfen müssen, dass die Krisengewinner dies bezahlen!

Dafür werden wir die Kapitalisten letztlich auch selber überwachen müssen. Wir werden uns das Recht nehmen müssen, ihre Konten und Geschäftsbücher einzusehen, um zu kontrollieren, wie viel Geld wir Arbeitenden ihnen erwirtschaftet haben und wie viel sie aus den öffentlichen Kassen geschenkt bekommen haben. Um dafür sorgen, dass dieses Geld an erster Stelle für die lebenswichtigen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung verwendet wird.

Wir haben keine Wahl. In der sich zuspitzenden Krise heißt es: Entweder ihre Gewinne – oder unsere Existenz. Entweder sie – oder wir.

Flughafen Düsseldorf: Immer die gleiche Masche

Seit Wochen kommt es am Düsseldorfer Flughafen immer wieder zu stundenlangen Wartezeiten bei den Sicherheitskontrollen, weil hinten und vorne Personal fehlt. Mehrere Leute haben sogar ihren Flug verpasst.

Schon vor Corona hatte die Sicherheitsfirma viel zu wenig Personal eingestellt. Manchmal konnten Arbeitende die ganze Schicht über nicht auf Toilette gehen. Zu Beginn der Pandemie wurden außerdem viele entlassen, aber nur teilweise wieder eingestellt – und das zum Teil obendrein in Teilzeit. Die Bedingungen sind so unmöglich geworden, dass sich viele einen anderen Job gesucht haben.

Das Ergebnis: Es fehlen 500 Kontrolleur*innen am Flughafen Düsseldorf. Und nun stellen sich die Firmenchefs ernsthaft hin und erklären: „Wir würden ja gerne mehr Personal einstellen, wir finden nur leider keins.“

Dieselben Sprüche bekommen wir mittlerweile in zahllosen Branchen zu hören, von der Gastronomie über die Pflege bis zur Chemieindustrie. Ein billiger Versuch der Kapitalisten und der Regierung, von ihrer Spar- und Profitlogik abzulenken, die für den unerträglichen Personalmangel und seine Folgen verantwortlich ist.



Für die Preise gibt es keine „Friedenspflicht“ – warum also für unsere Löhne?

8,2% mehr Lohn: Für diese Forderung gibt es derzeit eine Reihe Warnstreiks in der Stahlindustrie. Für viele würde dies fast 200 Euro netto mehr im Monat bedeuten.

200 Euro mehr im Monat: Das wäre das Mindeste, was die Arbeitenden in allen Branchen sofort bräuchten, um zumindest einen Teil der gestiegenen Preise wieder auszugleichen.

Doch in vielen Branchen laufen die Tarifverträge noch bis nächstes, teilweise bis übernächstes Jahr. Und solange hätten wir angeblich kein Recht, höhere Löhne zu verlangen, weil die „Friedenspflicht“ gelte. Wir sollen also einfach zugucken, wie unsere Löhne von Monat zu Monat immer weniger wert sind?

Warum sollten wir die Unternehmer so lange in Frieden lassen? Sie lassen uns doch auch nicht in Frieden. Kein Lebensmittelkonzern, kein Vermieter, kein Ölkonzern hat bis zum Ende des Tarifvertrags gewartet, um seine Preise massiv zu erhöhen. Im Moment steigen die Preise Monat für Monat. Im April lag die Inflation noch bei 7,8%. Nur einen Monat später war sie schon bei 8,7%. Und selbst die Kapitalisten und ihre Institutionen geben zu, dass das Ende der Fahnenstange noch lange

nicht erreicht ist. Laut der Allianz Trade kommt bei den Lebensmittelpreisen „das Schlimmste auf die Haushalte erst noch zu“!

In solchen Zeiten, wo die Preise jeden Monat steigen, müssen auch die Löhne, Renten und Sozialhilfen jeden Monat

Kalender vorschreiben lassen, ob und wann wir uns wehren dürfen – wodurch sich jede Branche obendrein nur zu einem anderen Zeitpunkt wehren „darf“.

Denn angesichts der Unsicherheiten der wirtschaftlichen Lage sind die Kapitalisten noch sturer als sonst. Um ihre Gewinne um jeden Preis zu sichern, sind sie noch entschlossener, uns keinen Ausgleich für den verlorenen Lohn zu geben. Je zahlreicher wir sind, in je mehr Betrieben und Branchen wir ihnen gleichzeitig die Stirn bieten, desto besser stehen unsere Chancen.



Zu Beginn der Ölkrise in den 70er Jahren ging es den Arbeitenden ganz ähnlich. Geringe Tarifierhöhungen, während die Preise stiegen und stiegen. Und erst, als die Arbeitenden in einem Dortmunder Stahlbetrieb die „Friedenspflicht“ einfach ignoriert haben, als sie ohne Aufruf der Gewerkschaften und ohne Tarifverhandlungen einfach zu streiken begonnen haben und sich diese „wilden Streiks“ dann auf zig Betriebe verschiedener Branchen ausgeweitet haben – da waren die überrumpelten Kapitalisten auf einmal bereit, die Lohnforderungen der Arbeitenden von 10% und mehr zu erfüllen. Eine Erfahrung mit Zukunft!

angepasst werden und im selbem Maße mitsteigen. Alles andere bedeutet eine Lohnkürzung – und damit eine weitere Methode, uns noch ärmer und die Kapitalisten noch reicher zu machen.

Gerade in Zeiten wie heute ist es außerdem besonders wichtig, dass wir uns nicht von den Unternehmern und Gewerkschaftsbossen mit ihrem Tarif-

Babymilch in den USA: Kapitalistische Mangelwirtschaft

In den letzten Wochen hat die US-Armee über ihre Militärbasis im rheinland-pfälzischen Ramstein Babynahrung in die USA fliegen müssen. Denn in dem reichsten Land der Welt gibt es für viele Babys kein Milchpulver mehr. Und zwar, weil eine einzige Fabrik des Herstellers Abott im Februar für einige Monate ihre Produktion einstellen musste.

Es ist derselbe Wahnsinn wie bei Medikamenten, Masken oder Halbleitern. 80 Prozent der Milchpulver-Produktion der USA ist in den Händen von zwei Konzernen. Und die haben die Produktion in ganz wenigen Fabriken konzentriert. Mit dem Ergebnis, dass ein Produktionsausfall in einer einzigen Fabrik bereits zu dramatischen Versorgungsengpässen führt.

Im kapitalistischen Vorzeige-Land USA müssen nun Eltern stundenlange Fahrten und Schlangen auf sich nehmen oder im Internet die Tauschbörsen durchforsten, um ihr Baby ernähren zu können.

Wie war das noch gleich? Der Kapitalismus ist das einzige Wirtschaftssystem, das „funktioniert“?

Putin und die Weizen-Spekulanten

Der Weizenpreis hat sich in den letzten fünf Monaten verdoppelt. Dieser dramatische Preisanstieg hat auf weiten Teilen des afrikanischen Kontinents zu Mangel, ja teilweise bereits zu Hunger geführt.

Laut den westlichen Staatschefs und ihren Journalisten ist Putin der alleinige Verantwortliche für diese Katastrophe. Er wolle „die Welt aushungern“. In der Tat können wegen des Krieges derzeit Millionen Tonnen Getreide nicht aus der Ukraine herausgebracht werden, weil weder die russische noch die ukrainische Armee Schiffe aus dem Hafen von Odessa auslaufen lässt.

Doch es gibt ja noch den Weizen aus anderen Ländern. Den aber können sich viele Menschen in Afrika nicht kaufen, weil er doppelt so viel kostet wie vor dem Krieg. Und dafür hat nicht Putin gesorgt, sondern die Spekulanten an der Börse von Chicago. Für diese Multimillionäre und Milliardäre sind die Getreide-Probleme in der Ukraine eine gute „Gelegenheit“, um den Weizenpreis weltweit in die Höhe zu treiben und so noch mehr Geld zu scheffeln. Dass sie dadurch Millionen Menschen aushungern, ist ihnen vollkommen gleichgültig.

Die Machenschaften dieser ganz „normalen“ Kapitalisten sind mindestens ebenso kriminell und tödlich wie Putins Krieg!

Zugunglück in Bayern: Tödliche Sparpolitik

Fünf Fahrgäste sind gestorben, als die Regionalbahn in Bayern am 3. Juni entgleist ist. Über 40 Menschen wurden verletzt.

Mittlerweile geht man davon aus, dass ein technischer Defekt an den Schienen oder an den Fahrgestellen Schuld an dem Unglück war. Und wen würde es wundern? Jeder weiß, dass das Schienennetz marode ist, weil es seit Jahrzehnten kaputtgespart wird. Für Ende des Monats waren dringend nötige Sanierungen genau auf dem Streckenabschnitt vorgesehen, auf dem der Zug entgleist ist.

Und was die Fahrgestelle angeht, so hat die Bahn eine Reihe Werkstätten in den letzten Jahren aus Kostengründen geschlossen. Die Fahrgestelle werden seitdem unter immer größerem Termindruck und Chaos geprüft und repariert – mit entsprechender Gefahr, Fehler zu übersehen. Manchmal werden Werkstätten sogar von höchster Stelle unter Druck gesetzt, Züge mit Mängeln auf die Strecke zu schicken, weil es keine Ersatzzüge mehr gibt.

Doch was macht die Staatsanwaltschaft? Sie sucht die einzelne Person, die sie irgendwo in der Kette dafür haftbar machen kann. Aus Prinzip hat sie als erstes gegen den Streckenverantwortlichen, den Lokführer und den Fahrdienstleiter ein Ermittlungsverfahren wegen „fahrlässiger Tötung“ eingeleitet. Kein Beschäftigter, sondern die lebensgefährliche Sparpolitik gehört auf die Anklagebank!



9-Euro-Ticket: Auf halber Strecke stehengeblieben

Überfüllte Züge, die geräumt werden mussten, Verspätungen ohne Ende, reihenweise technische Defekte: Die Bahnfahrten am Pfingstwochenende haben viele Fahrgäste, und mehr noch die Beschäftigten an den Rand eines Nervenzusammenbruchs gebracht.

Schon im Alltag fallen ständig Züge aus oder kommen verspätet, weil es viel zu wenig Züge gibt und viel zu wenig Personal, um sie zu fahren und instand zu halten. Schon im Alltag arbeiten viele Beschäftigten der Bahn über die Grenze ihrer Belastbarkeit hinaus, mit ganz kurzfristigen Schichtplänen, ständigem Einspringen an freien Tagen und Chaos wegen Störungen auf ihrer Strecke. Und wenn dann wie an Pfingsten außergewöhnlich viele Leute fahren, bricht das marode System sofort zusammen.

Die Politiker behaupten, sie wollten mit ihrem 9-Euro-Ticket den Klimaschutz fördern und viele Leute zum Umstieg auf Bus und Bahn bewegen. Aber für die zusätzlichen Züge, Busse und das zusätzliche Personal, das hierfür die zwingende Voraussetzung wäre, ist angeblich „kein Geld da“.

Vallourec: Entlassungen verbieten!

Der Vallourec-Konzern hat angekündigt, ihre Röhrenwerke in Düsseldorf und Mülheim zu schließen. Seit über hundert Jahren haben in diesen Werken Arbeiter*innen den Besitzern Gewinne erwirtschaftet. Doch nun entscheidet eine Handvoll Aktionäre mit einem Federstrich, 2.400 Arbeiter*innen ihre Existenzgrundlage zu rauben – und tausenden weiteren bei den Zulieferern. All das obendrein zu einem Zeitpunkt, wo in zahlreichen Metallbetrieben gerade Arbeitsplätze vernichtet werden.

Man muss diesen Großaktionären, die nur auf ihre Profit-Margen und Dividenden sehen, das Recht nehmen, allein über unsere Arbeitsplätze, über Entlassungen und Werkschließungen zu entscheiden, deren Folgen ganze Regionen betreffen!

Kapitalistische Flüchtlings-„Hilfe“

Für 3,70 Euro Stundenlohn Hotelzimmer putzen ist nicht erlaubt? Kein Problem, wozu hat man denn Flüchtlinge, hat sich die bundesweite Dormero-Hotelkette gedacht. Über eine Subfirma hat sie auf Hilfeseiten für ukrainische Geflüchtete Jobanzeigen mit falschen Versprechungen geschaltet. Dann haben sie die unsichere Lage, die Unwissenheit und fehlenden Deutschkenntnisse ausgenutzt, um ukrainische Geflüchtete für Niedrigstlöhne in ihren Fünf-Sterne-Hotels schuften zu lassen und ihnen dann noch 250 Euro für die Unterkunft abzuziehen.

Dormero ist kein Einzelfall. Für eine ganze Reihe Kapitalisten ist die „Flüchtlingshilfe“ eine weitere Methode, ihren Profiten auf die Sprünge zu helfen.

Die ukrainischen Geflüchteten haben zumindest einen besonderen Schutz-Status in Deutschland. Wenn man bedenkt, was ihnen bereits widerfährt, dann bekommt man eine kleine Vorstellung davon, wie sehr erst die Migranten ausgebeutet werden, die in einer noch unsichereren Lage oder ganz ohne Aufenthaltsgenehmigung sind.

Auch deshalb: Bleiberecht und sofortige Arbeitserlaubnis für alle Migranten!

Freud'scher Versprecher

Der ehemalige US-Präsident George W. Bush hat in einer Rede in Dallas verurteilt, dass „ein einziger Mann die vollkommen ungerechtfertigte und brutale Invasion des Iraks entschieden hat“. Dann hat er sich schnell korrigiert: „Ich meinte natürlich die Invasion der Ukraine.“

War das wirklich nur ein Versprecher? Schließlich war Präsident Bush derjenige, der 2003 an der Spitze des US-Imperialismus die Invasion und Verwüstung des Iraks entschieden hat.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!